Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 49 (1969-1970)
Heft: 11: Leistungsgesellschaft

Artikel: Meritokratie in der Politik?
Autor: Reich, Richard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-162383

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Arbeit schöpfen kann. Luft und Wasser müssen gereinigt werden, auch wenn es noch so wenig rentabel scheint... Auf die Dauer dürfte es nämlich weitaus das rentabelste sein! Die Gesellschaft müsste arbeiten und sich entspannen können in einer Atmosphäre der Sympathie. – Aber ich halte inne. Sympathie lässt sich nicht institutionalisieren. Da muss jeder bei sich selber beginnen und das Beispiel geben.

Eine auch noch so «dynamische» Entwicklung der Industrie ist ein Unding, wenn sie nicht mit einer grundsätzlichen menschlichen Konzeption gepaart ist. Die Konjunktur als Selbstzweck ist ein Alptraum. Auch liegt es auf der Hand, dass wir in einem Kleinstaat wie der Schweiz nicht sowohl eine weitere Steigerung der Quantität brauchen als vielmehr eine solche der Qualität. Und um konkurrenzfähig zu bleiben, brauchen wir bessere Eliten; um aber diese heranzubilden, wäre ein differenzierteres und flexibleres Schulsystem vonnöten. Darüber gäbe es viel zu reden, aber das wäre wieder eine Abhandlung für sich...

Ich komme zum Schluss. Wir wollen keineswegs verkennen, dass die Industrie in diesen Jahrzehnten Gewaltiges geleistet und das Los des Menschen in vielem verbessert hat. Sie wird es, hoffe ich, noch weiter verbessern. In ihrem rasanten Fortschritt liegt aber zugleich eine Gefährdung des Menschen. Die industrielle Entwicklung ist ambivalent. Das liegt letzten Endes weniger an der Industrie als vielmehr am Menschen selbst, der nur schwer das Doppeldeutige überwindet und ins Eindeutige vordringt. Die heutige Gesellschaft ist nicht schlechter als frühere gewesen sind. Sie hat ausserordentliche Kräfte entwickelt, aber es sind auch Krankheiten in ihr entstanden. Kein deus ex machina wird von aussen her kommen, um unsere Schwierigkeiten zu lösen; wir müssen sie selber zu lösen versuchen. Der Schriftsteller, weit entfernt davon, nur immer anklagen, nörgeln oder schockieren zu wollen – er möchte auch seinerseits diese Lösung befördern.

Meritokratie in der Politik?

RICHARD REICH

Wenn wir der grossen Mehrheit der Gesellschafts-, Wirtschafts- und Staatswissenschafter unserer Tage glauben wollen, so leben wir in einer Leistungsgesellschaft, deren Wirtschaft im Zeichen des reinen Leistungsprinzips steht und deren politische Ordnung nicht mehr vom Nachtwächterstaat vergangener Zeiten, sondern von einem hochaktiven, nahezu allgegenwärtigen Leistungsstaat verkörpert und verwaltet wird. Ist also eine Lebensform entstanden, in welcher der soziale, wirtschaftliche und politische Standort

des einzelnen im wesentlichen durch seine Leistung bestimmt wird? Haben wir das verwirklicht, was die Soziologen seit einiger Zeit als Meritokratie, als «Herrschaft der Verdienten» bezeichnen?

Der englische Soziologe Michael Young ist anderer Meinung. Im Jahre 1958 publizierte er unter dem Titel «The Rise of the Meritocracy» eine Studie, in der wissenschaftlich gesicherte Erfahrung mit einer Art von soziologischer «Science fiction» zu einem realistisch-futuristischen Gemälde von funkelnder Ironie verbunden wurde. Young versetzte sich in die fiktive Warte eines Fachkollegen vom Jahre 2033 und zeichnete aus dieser Perspektive die Vollendung eines gesellschaftlichen Wandels nach, der in den fünfziger Jahren dieses Jahrhunderts nach seiner Überzeugung offensichtlich noch in den Anfängen steckte: die Umstrukturierung der gesellschaftlichen Elite von einer «Aristokratie der Geburt» in eine «Aristokratie des Talents».

Zwar lässt sich mit Leichtigkeit nachweisen, dass Youngs Analyse vor allem von der spezifischen Wirklichkeit des britischen Inselstaates bestimmt ist. Im Rahmen dieser konstitutionellen Monarchie demokratischer Prägung spielen ererbter und erworbener Adel bei der Elitenbildung ohne Zweifel nach wie vor eine erhebliche Rolle, und zwar vor allem deshalb, weil das Erziehungssystem noch stärker als anderswo auf die gesellschaftlichen Hierarchien ausgerichtet ist. Die Betrachtungsweise Youngs ist aber auch für Demokratien wie die unsrige, wo diese Staatsform wesentlich aus dem Sieg über den Adel und seine Privilegien herausgewachsen ist, nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Es ist gar nicht so abwegig, sich einmal die Frage zu stellen, wie weit sich das Leistungsprinzip zum Beispiel im politischen Bereich – auf den wir uns im folgenden konzentrieren wollen – denn nun wirklich durchgesetzt habe.

In der Theorie ist alles in Ordnung. Unser staatlicher Entscheidungsmechanismus ist grundsätzlich durchlässig, und zwar in allen Teilen und auf allen Stufen. Es gibt keine diskriminierende Bestimmungen, die irgendeinen einzelnen oder irgendeine Bevölkerungsschicht zum vorneherein vom Wettbewerb um die politische Macht ausschliessen würden. Es gibt auch, wenigstens formal, keinerlei Möglichkeiten, politische Positionen zu «ersitzen» oder sie gar zu persönlichen, womöglich erblichen Pfründen mit zugehöriger Klientel auszubauen. Und doch wird man sich bei genauerem Betrachten der Frage nicht verschliessen können, ob denn unsere politische Führungsschicht nun wirklich in Reinkultur das sei, was man mit Young als «Aristokratie des Talents» bezeichnen könnte.

Verschwommene Begriffe

Es gilt vor allem zweierlei zu überlegen. Was wird erstens in der heutigen Politik unter Leistung – als selektives Wettbewerbskriterium – verstanden?

Und wie weit entspricht zweitens die Realität des schweizerischen Leistungswettbewerbs den funktionellen Bedürfnissen dieses Staates? Bei beiden Fragestellungen kommt man sehr rasch zum Ergebnis, dass manches ins Fliessen geraten und vieles ins Zwielicht latenten Zweifels gerückt worden ist.

Zunächst zum Begriff der Leistung: Von der Idee unseres Staates her gesehen, lässt sich Leistung verhältnismässig leicht einigermassen brauchbar definieren. Politik heisst Kampf um die Ordnung des Gemeinwesens. In der Demokratie besteht dieser Kampf darin, dass potentielle Eliten durch Demonstration ihrer Sachkunde und ihrer Führungseigenschaften um eine möglichst breite Wählerbasis werben, um damit das Mandat zur Verwaltung der institutionellen Macht- und Führungsmittel des Staates zu erlangen. In unserem föderalistischen Staatswesen scheint dabei die Möglichkeit sorgfältiger Selektion in besonderem Masse gegeben, da die Dreistufigkeit der schweizerischen Politik erstens eine besonders breite Selektionsbasis und zweitens einen besonders grossen Spielraum für praktische Bewährung eröffnet.

Nun stellt sich aber sofort die Frage, wie denn dieser Leistungsausweis im einzelnen beschaffen sein müsse, dass er einerseits zur notwendigen Vertrauensbasis in der Wählerschaft verhilft und dass er anderseits den funktionellen Erfordernissen des staatlichen Führungsmechanismus entspricht. Man kann nämlich ein ausgekochter Taktiker und Debatter sein – und trotzdem vor höheren Führungsaufgaben versagen. Man kann über hervorragende theoretische Detailkenntnisse der Politik und ihrer Spielregeln verfügen – und trotzdem nicht imstande sein, irgendein Einzelproblem zur Entscheidungsreife zu bringen. Und man kann darüber hinaus erfolgreichen Vorbildern der Vergangenheit weitgehend entsprechen – und in der Politik der Gegenwart trotzdem scheitern.

Um bei der letzten Feststellung zu bleiben: Der «Idealtypus» des schweizerischen Politikers im 19. Jahrhundert war der Mann mit dem «gesunden Menschenverstand» und der natürlichen Ausstrahlungskraft und Autorität, der sich zunächst im kleineren Kreis der Gemeinde und später in der Region oder im Kanton als Meinungsbildner und damit zugleich als Vollstrecker in politischen Fragen durchsetzte, um schliesslich auch für eidgenössische Aufgaben gewappnet zu sein. Ausschlaggebend waren dabei vor allem charakterliche Eigenschaften: Freude am öffentlichen Wirken, leichter Umgang mit verschiedenartigsten Menschen, gesunder Kampfgeist, natürliche Affinität zur Macht, zugriffige Art, verbunden mit ausgeprägter Lust zur Verantwortung und zur Entscheidung.

Vor allem aber gehörte eine spezifische Anlage zur gesamtpolitischen Betrachtungsweise mit in sein Bild, eine Optik also, die es erlaubt, das einzelne Problem und seine Lösungsmöglichkeiten nicht nur im Gesamtzusammenhang der öffentlichen Probleme, sondern auch in jenem des sichtbaren

und unsichtbaren Kraftfeldes der politischen Kräfte – von den organisierten Interessengruppen und Parteien bis hin zu den mehr emotionalen Reaktionen des «einfachen Mannes» – zuverlässig zu bewerten und danach auch entsprechend zu steuern. Die Schulung erfolgte dabei gleichsam nebenher, in einem politischen Alltag, zu dem der freie tägliche Dialog mit Gleichgesinnten wie mit Andersdenkenden ebenso selbstverständlich gehörte wie die Mitarbeit in parteipolitischen Organisationen als den gegebenen Trägern des öffentlichen Lebens.

Veränderte «Marktsituation»

Und heute? Die angeführten persönlichen Eigenschaften gehören natürlich noch immer zum «Idealtypus» des Politikers, wenigstens auf der formellen Wunschliste. Überprüft man aber darauf hin die faktischen Selektionsvorgänge, so ergibt sich, zumindest in den bevölkerungsreichen und damit weniger übersichtlichen Agglomerationen, ein wesentlich anderes Bild. Der «Stammtisch- und Parteipolitiker» traditioneller Prägung, der kämpferisch und ideell profilierte Debatter hat es immer schwerer, überhaupt noch portiert, geschweige denn gewählt zu werden. Bei parlamentarischen Proporzwahlen sieht er sich immer häufiger von ausgesprochen berufsständischen und wirtschaftlichen Interessenvertretern überflügelt; in Majorzwahlen zieht er heutzutage meist den kürzeren gegenüber Persönlichkeiten, deren Leistungsausweis auf allen möglichen Gebieten, nur nicht auf dem der «niederen Chirurgie» des tagespolitischen Kampfes gelegen hat.

Diese Veränderung der politischen «Marktsituation» kam natürlich nicht von ungefähr. Sie ist zunächst durch Wandlungen der Politik selbst bedingt. Die grundsätzlichen Ausmarchungen, in denen die Politiker vom alten Schlag sich ihr Profil und ihre Popularität holten, bilden heutzutage nicht mehr die Regel, sondern die Ausnahme. Und dabei ist es vielfach erst noch so, dass sich die selten gewordenen Kämpfe traditionellen Stils auf Detailfragen beziehen, deren Grundsätzlichkeit für weniger informierte Aussenstehende künstlich hochgeschraubt anmutet.

Ebenso wichtig oder noch wichtiger als die kämpferischen Eigenschaften erscheinen daher im modernen Leistungsstaat mit seinem System der «Allparteienregierungen» immer mehr jene der Konzilianz und Kompromissbereitschaft. Dazu kommen heutzutage Anforderungen wie Geschick in der Personalführung, Leichtigkeit im Erfassen neuer Problemlagen, Management im unternehmerischen Sinn, ökonomische Arbeitsweise und Organisationstalent – Fähigkeiten also, die man sich in jeder beruflichen Tätigkeit ebenso gut, oder noch besser, aneignen und ausbilden kann wie in der herkömmlichen «politischen Rekrutenschule» der parteipolitischen Öffentlichkeitsarbeit.

Durch das Zurücktreten der grundsätzlichen Probleme staatlicher Ordnung hat sich aber auch die *Optik des Wählers* stark verändert. In einer Zeit, da wirtschaftliche und soziale Probleme den Hauptanteil der Tagespolitik ausmachen, kann es nicht überraschen, wenn sich der Bürger immer mehr nach Repräsentanten umsieht, die Gewähr für bestmögliche Vertretung seiner besonderen ökonomischen und sozialen Anliegen zu bieten scheinen. Dies um so mehr, als die spezifischen Interessenvertreter normalerweise auch über die reichlicheren Werbemittel verfügen, um sich in den Wahlkampagnen mit dem nötigen Nachdruck in Szene setzen zu können.

Bei aller Würdigung der objektiven Sachverhalte, die zu dieser veränderten «Marktlage» geführt haben, ist die neue Situation indessen nicht unproblematisch. Politik kann ja, wenn sie schöpferisch sein soll, auf Exekutivebene nicht nur Verwalten und Arrangieren bedeuten; sie hat darüber hinaus die Aufgabe des vorausschauenden Planens und des zielbewussten Führens. Dazu bedarf es nicht allein der Befähigung zum Management; dazu sind auch konstruktive Phantasie und ein Gestaltungswille von spezifisch politischem Zuschnitt nötig. Und was das Parlament betrifft, so besteht der demokratischen Idee nach seine Aufgabe doch wohl weniger in der harten Konfrontation der Spezialinteressen, sondern vielmehr in deren Gewichtung unter einer Perspektive, die über das rein Wirtschaftliche oder Soziale hinausgeht und im Endeffekt auf das *gemeine Interesse* ausgerichtet ist.

Es scheint also, dass wir auch in der Politik in einer Phase des Übergangs und des Tastens stehen. Sicherlich müssen die Grundbegriffe und Spielregeln immer wieder überprüft und den veränderten Verhältnissen angepasst werden. Diese Anpassung ist aber gegenwärtig offensichtlich noch in einem streckenweise diffus und äusserst zufällig anmutenden Stadium. Wenn wir eine Leistungsgesellschaft sein und bleiben wollen, wird es nötig sein, den demokratischen Grundbegriff der Leistung wieder konkreter zu fassen, als dies in letzter Zeit geschehen ist. Gegenwärtig steht man unter dem Eindruck, dass gerade die spezifisch politischen Leistungsausweise verhältnismässig schlecht honoriert werden und dass es anderseits immer leichter fällt, mit dem Ausweis von «Ersatzleistungen» völlig unpolitischer Art zum politischen Erfolg zu gelangen. Nicht die spezifisch politische Ausstrahlungskraft scheint mehr ausschlaggebend zu sein, sondern vielmehr der Popularitätsgrad als solcher.

Vom persönlichen Wettbewerb zum politischen Marketing

Wie ist es nun – einmal abgesehen von den Erosionserscheinungen des politischen Leistungsbegriffs und der Variationsbreite in der Typologie der Politiker – um den *Leistungswettbewerb* in der schweizerischen Politik bestellt?

Zunächst eine Feststellung, die für alle demokratischen Industriegesellschaften zutrifft: Sieht man von den allmählich dahinschwindenden ländlichen Gebieten mit ihren idealen Selektionsbedingungen auf der Grundlage unmittelbarer personeller Kenntnisse ab, so kommt man nicht um das Eingeständnis herum, dass sich Leistung kaum noch von selbst durchsetzt. Politische Leistung oder potentielle Leistungsfähigkeit muss systematisch an den Mann gebracht, sie muss «verkauft» werden.

Dieses politische «Marketing» setzt die Bereitstellung von Mitteln voraus, die der Kandidat in den seltensten Fällen persönlich aufzubringen vermag. Er braucht daher den Konsens einer zahlungswilligen und zahlungsfähigen Gruppe, sei es nun eine Partei, ein Verband, eine Gewerkschaft oder ein Konsortium «gleichgesinnter Freunde». Diese finanzierenden Kräfte bilden also sozusagen einen Vorwahl-Filter, der unter Umständen wettbewerbsverzerrende oder gar prohibitive Wirkung haben kann. Mit diesem Tatbestand wird man sich in der industriellen Konsum- und Massengesellschaft abfinden müssen. Die einzige Chance liegt im Grunde darin, dafür zu sorgen, dass diese Organe der Selektion die gesamtpolitische Perspektive nicht aus den Augen verlieren und damit eine Vorwahl treffen, die neben ihrem eigenen auch dem breiteren öffentlichen Interesse entspricht.

Die Kehrseite der Dreistufigkeit schweizerischer Politik

Sodann muss hier eine spezifisch schweizerische Problematik des politischen Leistungswettbewerbs näher ins Auge gefasst werden: der lange und steile Aufstieg zum Gipfel eidgenössischer Prominenz. Im Vergleich zu sehr vielen andern Demokratien haben die Spitzenkader der schweizerischen Politik ein verhältnismässig hohes Durchschnittsalter. Und vielfach wirken sie bereits beim Beginn ihrer Karriere auf *nationaler* Ebene relativ verbraucht, in jedem Falle aber fast vom ersten Tage an hoffnungslos überlastet.

Demgegenüber ist es ein hervorstechendes Merkmal etwa des französischen Regierungssystems, dass vierzigjährige Minister keineswegs Ausnahmeerscheinungen darstellen. Das hängt teilweise damit zusammen, dass dieses Land in den «Grandes Ecoles» über Hochschulen verfügt, die sich sozusagen auf die Produktion von politisch-administrativen Eliten spezialisiert haben. Ein «Polytechnicien» mit gutem Abschluss ist zum vorneherein Anwärter auf Spitzenstellungen in Staat oder Wirtschaft. Die Besten der «Ecole nationale d'administration» landen vielfach ohne lange Umwege in einem Cabinet ministeriel, einem jener persönlichen Führungsstäbe von verantwortlichen Spitzenpolitikern – Präsident, Ministerpräsident, Minister –, wie sie unseres Wissens nur Frankreich kennt und von denen aus sehr rasch der Sprung in die Kammer oder gar direkt in den Ministersessel erfolgen kann.

Auch in den Vereinigten Staaten von Amerika gehört es nicht erst seit der Wahl John F. Kennedys zum guten Ton, jugendliche Männer in öffentliche Spitzenpositionen zu berufen: Die «Vierziger» hatten schon zuvor erfolgreich nach den Machtpositionen in Wirtschaft und Administration gegriffen. Und selbst Kleinstaaten wie Israel oder Holland zeichnen sich durch bemerkenswert jugendliche Spitzenkader aus. Seit die israelische Armee ins Rampenlicht der Weltöffentlichkeit gerückt ist, weiss man, dass ihre Führer grösstenteils in den Vierzigern stehen, um dann nach kurzer, mit grösstem Einsatz wahrgenommener Kommandotätigkeit in die Wirtschaft oder – neuerdings – auch in die Politik hinüberzuwechseln und ihre spektakuläre Laufbahn im neuen Bereich nicht weniger brillant fortzusetzen. Auch in den Niederlanden ist Rotation an der Tagesordnung. Auch dort gelingt der Sprung in politische Spitzenpositionen sehr oft ausserordentlich früh. Mit ins Bild gehört dabei, dass der jugendliche Professor schon bald in die Regierung wechselt, um dann nach verhältnismässig kurzer Zeit in die Wirtschaft zu gehen oder an die Universität zurückzukehren. Dieser Kreislauf kann auch im Ministersessel oder am Managerpult beginnen und am Universitätskatheder enden.

Der Grund dafür, dass die Dinge in der Schweiz wesentlich anders ablaufen, ist nicht weit zu suchen: Er liegt vor allem in der föderalistischen Struktur. Was früher nur Vorteile zu bieten schien, wird nun zum Problem. Das allmähliche Hineinwachsen in die Politik – zuerst im Gemeindebereich, dann im Kanton und schliesslich auf eidgenössischer Ebene –, das früher einen wesentlichen Vorzug unserer Elitebildung und Kaderauswahl darstellte, wird nun immer mehr zur Belastung. Zunächst einmal ist das politische Leben in allen Sektoren immer anspruchsvoller und intensiver geworden. Damit verlängert sich die «Lehrzeit» notgedrungen auf allen Stufen. Das hat zur Folge, dass viele Politiker, die mit Elan und Idealismus ihre öffentliche Laufbahn antraten, den Schwung und die Frische weitgehend eingebüsst haben, wenn sie endlich zu höheren Aufgaben berufen werden. Sie sind in der Regel gebrannte Kinder, denen das vorsichtige Abwägen und taktische Vortasten längst zur zweiten Natur geworden ist. Sie sind Routiniers der Konkordanzdemokratie, denen es immer schwerer fällt, sich vom Alpdruck des vielfach durchexerzierten «Politisch Unmöglichen» zu lösen und mit unbelasteter Frische und Unbekümmertheit an ihre Aufgaben heranzutreten.

Und nicht nur das: Es entspricht schweizerischer Tradition, dass man auch nach dem Einstieg in die eidgenössische Politik weiterhin in der regionalen politischen Praxis verankert bleibt. Man wirkt weiterhin als kommunaler oder kantonaler Parlamentarier oder verwaltet sogar weiterhin ein vollamtliches Regierungs- oder Stadtratsmandat. Das hatte ursprünglich seinen guten Sinn: Je enger einer mit den lokalen und kantonalen Proble-

men vertraut blieb, um so besser konnte er seiner engeren Heimat als Anwalt in «Bern» dienen. Doch unter den heutigen Bedingungen bringt dieses System Belastungen mit sich, die ganz einfach nicht mehr voll zu bewältigen sind. Dies um so mehr, als die Stimmbürger nach wie vor erwarten, «ihren» Repräsentanten bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten «unter sich» zu wissen.

«Verfremdete» Elitenbildung

Die Folgen sind bekannt: Entweder leidet das eidgenössische Mandat darunter; es gibt viele «Regionalfürsten», die in Bern weit unter ihrem eigentlichen Wert und Können agieren, weil sie ganz einfach zeitlich und physisch überfordert sind. Oder es kommt zum «Verrat» am Milizsystem; unter den Spitzenkräften des Parlaments werden jene immer zahlreicher, für die Politik zum Hauptberuf geworden ist, sei es, indem sie Verbands- oder Gewerkschaftsfunktionen übernehmen (wenn sie nicht bereits über solche die Wahl geschafft haben), oder sei es durch Ummünzung des eidgenössischen Mandats in Verwaltungsratssitze und ähnliche Positionen.

Unter diesen Umständen erscheint der Leistungswettbewerb in mehrfacher Hinsicht als verfremdet. Das Leistungsprinzip ist zwar grundsätzlich nach wie vor gewährleistet, wird aber in gewissem Sinne ad absurdum geführt und wirkt somit indirekt prohibitiv. Denn viele potentielle Anwärter auf politische Spitzenpositionen sehen sich ausserstande, sich diesem Mammutwettbewerb mit permanenter Hochleistung auszusetzen. Die politischen Möglichkeiten stehen für sie in einem allzu schlechten Verhältnis zu dem damit verbundenen Risiko, die beruflichen Aussichten radikal zu dezimieren. Bei andern wiederum ist die «Leidenschaft zum Staate» trotz allem stärker als die Sorge um die berufliche Karriere; sie sehen sich dabei aber allzu oft einem Abnützungsprozess ausgesetzt, der sie schliesslich in der endlich erreichten «Gipfelphase» ausgebrannt erscheinen lässt. Die Leidtragenden sind dabei nicht nur die betroffenen Politiker selber; die Zeche hat letzten Endes das Gemeinwesen als Ganzes zu bezahlen.

Zusammenfassend muss also festgestellt werden, dass wir zwar in einem der Idee nach «meritokratisch» organisierten Staate leben, dass aber sowohl der Begriff der Leistung selbst wie die Struktur des Leistungswettbewerbs offensichtlich der Überprüfung bedürfen. Die schweizerische Demokratieforschung hat hier ein weites Feld vor sich. Aber auch die Parteien als angestammte und längst nicht ausgediente Träger des politischen Wettbewerbs und der Kaderauslese werden nicht darum herumkommen, diese Probleme eindringlicher zu überdenken. Bei einiger Anstrengung sollte es doch wohl möglich sein, die idealtypischen Konturen des zeitgemässen Politikers und

des zeitgemässen politischen Leistungsmassstabes wieder klarer herauszuarbeiten.

Sonst landen wir letzten Endes dort, wo wir allesamt nicht landen wollen: in einer pseudopolitischen «Verbundwirtschaft», von der niemand mehr weiss, wohin sie eigentlich steuert. Auch eine wirtschaftlich blühende Gesellschaft braucht einen politischen Apparat, der nicht nur zu verwalten, sondern zu gestalten vermag. Und dazu bedarf der Staat einer «Aristokratie des Talents», die auch unter dem spezifischen Gesichtspunkt der *politischen* Führungsqualitäten dieses Namens würdig ist.

Leistung in der Wirtschaft

ALFRED SCHAEFER

Dass in den letzten Jahren ein gewisses Unbehagen in der und über die Wohlstandsgesellschaft zugenommen hat, ist verständlich. Geistige Unruhe als Ausgangsbasis für die Erörterung von Alternativen ist zu begrüssen, sogar geistige Unbotmässigkeit mit Geduld – und wohl einiger Skepsis – in Kauf zu nehmen. Aus hochgespielten Schlagworten und zur Hauptsache leider bloss negativer, sogar zerstörerischer Kritik ist aber kaum jemals etwas Grosses herausgekommen.

Demokratie und freie Marktwirtschaft sind aufeinander angewiesen. Die Symbiose kann aber durchaus eine solche der kritischen Zusammenarbeit, der konstruktiven Opposition innerhalb gemeinsamer Zielsetzungen sein. Wir leben in dieser Symbiose jedenfalls freier und komfortabler als im dirigierten sozialistischen Staat. Besitz als solcher gibt keine Rechte, er kann sogar als fragwürdig empfunden werden. Was nie fragwürdig werden darf, ist die Leistung. Hier braucht die freie Marktwirtschaft keinen Vergleich zu scheuen. Sie ist nicht statisch, traditionell behäbig geworden, sondern dynamisch geblieben, hat bei grösstmöglicher Freiheit einer rasch zunehmenden Bevölkerung ein Lebensniveau verschafft, das noch vor einer Generation kaum vorstellbar war.

Neue Aufgaben

Die imponierende Leistung insbesondere auf dem Gebiete der Versorgung mit Investitions- und Konsumgütern wird von einer immer kleiner werden-